

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herbert Anders

Sehr geehrter Herr Anders

wir bitten Sie den folgenden Antrag auf die TO der Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Umsteuern nach dem geplatzten Geschäft im Quellenpark, Selbstblockierung beenden und die Schulden Bad Vilbels reduzieren

- Die Stadtverordnetenversammlung beendet die Festlegung, dass die Wohnbebauung im Quellenpark erst nach der Ansiedlung der Gewerbebetriebe erfolgen soll.
- Bis zur Stadtverordnetenversammlung am 03.06.14 hat der Magistrat eine Planung zu entwickeln und vorzustellen, bei der westlich vom und entlang der Grünzone des Quellenparks ein zusätzliches Wohngebiet von ca. 4 ha möglich ist. Für die anderen Flächen südl. der Umgehungsstrasse sollen -wie im ursprünglichen Modell vorgesehen- Ansiedlungen auf den Bau von Büroimmobilien begrenzt werden.
- Da die städtischen Wohnungsbauges. zurückhaltend bei neuen Investitionen sind, soll auch die ABG eingeladen werden, Mietwohnungen zu errichten, die auch für mittlere Einkommen bezahlbar sind.
- Die Stadtverordnetenversammlung verlangt, dass der Magistrat endlich eine aussagefähige Darstellung des Gewerbegebiets für potentielle Investoren auf die Homepage der Stadt stellt. Dies wurde bei der Beschlussfassung über eine neue Homepage in der Stadtverordnetenversammlung und dem HFA zugesagt, ist aber noch immer nicht erfolgt. Es wird Zeit, die Intransparenz rund um die Ansiedlungen im Gewerbegebiet zu beenden und die Nachfrage auf zeitgemäße Weise zu erhöhen.
- Die Stadtverordnetenversammlung legt fest, dass für den Verkauf der Flächen keine Zahlung von Vermittlungsprämien, bzw. -honoraren an Makler gewährt wird. Über eine Beauftragung zur Ansiedlung im Gewerbegebiet wird die Stadtverordnetenversammlung bei Vorlage eines konkreten Konzepts gesondert entscheiden.
- Der Magistrat soll keine Projekte verfolgen und entsprechende Verträge in die Stadtverordnetenversammlung einbringen, für die erst noch Gelder aus Länder mit Kapitalrestriktionen transferiert werden müssen oder für die große Flächen ohne ein überzeugendes und konkretes Projekt erworben werden sollen.

Begründung:

- Das Abrücken der Festlegung zur Wohnbebauung sollte nicht nur über Presseäußerungen erfolgen, sondern auch im Stadtparlament, wo sie bisher von den Mehrheitsfraktionen vertreten wurde.

- Da der Bürgermeister ja von vielen neuen Anfragen für das Gebiet spricht, stellt die Eingrenzung auf Büroimmobilien vielleicht eine Reduzierung der Auswahl dar, aber kein generelles Hindernis für eine geeignete Ansiedlung. Die Vergrößerung der Flächen für Wohnungsbau trägt der hohen und echten Nachfrage im RheinMain-Gebiet Rechnung und beschleunigt den überfälligen Abbau der Schulden Bad Vilbels.

- Durch die Errichtung von Mietwohnungen soll die soziale Mischung in der Stadt gewahrt bleiben, die sich verschieben würde, wenn weiter vor allem Einzelimmobilien wie auf der Amiwiese geschaffen werden würden.

- Es ist widersinnig, sich zu rühmen, dass die Kosten von 100.000 € für professionelle Gewerbeansiedlung und Entwicklung des Gebiets gespart werden und fast 5 Mio. € für einen Makler verbindlich zu vereinbaren. Dieser hohe Betrag ginge der Stadt unnötig verloren. Die Klarstellung, dass keine Vermittlungsprämien gezahlt werden, macht Vermittlern und Beauftragten der chinesischen Regierung von Anfang an klar, dass sie sich mit dem Interessenten über ihre Entlohnung vereinbaren müssen.

- Trotz einseitiger Propaganda im Bad Vilbeler Blättchen wollen nicht nur die Oppositionsfraktionen keinen Käufer, der Flächen ohne erkennbares Konzept kauft und womöglich nicht durch Investitionen auf dem Gebiet zur Entwicklung Bad Vilbels beiträgt, auch die Bürger haben höhere Erwartungen als nur Geld durch den Verkauf zu erlösen. Dazu spricht das deutliche Umfrageergebnis der FNP Bände.

F.d.R.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Haller', with a long horizontal flourish extending to the right.